SATZUNG

zur Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Westliche Innenstadt“, Albstadt-Ebingen vom 21.12.2006 mit der 1. Erweiterung Bereich „August-Sauter-Straße - Schillerstraße - Stellestraße“ vom 19.02.2009 sowie der 2. Erweiterung Bereich „Gartenstraße - Stellestraße - Poststraße“ und Bereich „Quartier am Kirchengraben“ vom 24.02.2011

Der Gemeinderat der Stadt Albstadt hat aufgrund von § 162 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung und § 4 Abs. 1 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der derzeit gültigen Fassung in seiner Sitzung am 28.05.2020 folgende Satzung über die Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Westliche Innenstadt“, Albstadt-Ebingen, vom 21.12.2006 mit der 1. Erweiterung Bereich „August-Sauter-Straße - Schillerstraße - Stellestraße“ vom 19.02.2009 sowie der 2. Erweiterung Bereich „Gartenstraße - Stellestraße - Poststraße“ und Bereich „Quartier am Kirchengraben“ vom 24.02.2011 beschlossen:

§ 1

Aufhebung

Die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Westliche Innenstadt“, Albstadt-Ebingen, vom 21.12.2006 mit der 1. Erweiterung Bereich „August-Sauter-Straße - Schillerstraße - Stellestraße“ vom 19.02.2009 sowie der 2. Erweiterung Bereich „Gartenstraße - Stellestraße - Poststraße“ und Bereich „Quartier am Kirchengraben“ vom 24.02.2011 wird aufgehoben.

Maßgebend ist der Lageplan mit Darstellung des Geltungsbereiches des Baudezernates, Stabstelle Sanierung, der Stadt Albstadt vom 16.04.2020, welcher Bestandteil dieser Satzung und als Anlage beigefügt ist.

§ 2

In-Kraft-Treten

Die Satzung wird gemäß § 162 Abs. 2 BauGB mit der öffentlichen Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Heilung von Verfahrens- und Formfehlern sowie von Mängeln der Abwägung

Unbeachtlich sind nach § 215 Abs. 1 BauGB

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplans oder der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Albstadt unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Absatz 2a beachtlich sind.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg oder von aufgrund der Gemeindeordnung erlassenen Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 4 Abs. 4 GemO in dem dort genannten Umfang unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich und unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung geltend gemacht worden ist.

Die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften oder die Mängel der Abwägung sind schriftlich gegenüber der Stadt Albstadt, Baudezernat, Stabsstelle Sanierung, Amt Markt 2, 72461 Albstadt geltend zu machen.

Die Satzung einschließlich Begründung sowie der Lageplan kann ab dem Zeitpunkt der Bekanntmachung während der Dienstzeiten (Montag bis Freitag, 8.00 Uhr bis 11.30 Uhr und Donnerstag von 15.30 Uhr bis 18.00 Uhr) im Technischen Rathaus in Albstadt-Tailfingen, Zimmer 210, Am Markt 2, 72461 Albstadt von jedermann eingesehen werden.

Auskünfte erteilt das Baudezernat, Stabsstelle Sanierung, Telefon 07432/160-3101.

Ausgefertigt!

Albstadt, 28.05.2020

Klaus Konzelmann
Oberbürgermeister